

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 50

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 4. Dezember 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV
Fernruf: Berlin 6 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Hütet eure Gesundheit,

sie ist euer einziges Gut. Nicht oft genug kann man dem schaffenden Menschen diese Mahnung vor Augen halten, denn die Berufsarbeit fordert alljährlich große Opfer an Arbeitskraft und Gesundheit. Im Jahre 1929, einem Jahr mit leidlich guter Konjunktur, wurden nach den statistischen Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes 1,5 Millionen Unfallanzeigen erstattet, 168 000 Unfälle verliefen schwer und führten zu einer Entschädigung und 9500 Unfälle waren tödlich.

Diese Berufsunfälle verteilen sich auf alle nur irgendwie vorkommenden Gewerbe, sie sind größer und auch schwerer in den Industrien, in denen die Maschinenarbeit vorherrscht. Unsere alljährlichen Mittelungen über

die Unfallgefahren in unserem Berufe

zeigen, daß auch unsere Kollegen und Kolleginnen durch die ausgeprägte Maschinenarbeit in unserem Beruf schwere körperliche Schädigungen durch Unglücksfälle in starkem Maße ausgeföhrt sind. Der Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft meldete auch für 1931 wieder 5991 Unfälle bei 128 778 Versicherten. Davon brachten 525 schwerere körperliche Beschädigungen für die davon betroffenen Kollegen und Kolleginnen neben 10 Todesfällen. Die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft wird dabei gekennzeichnet von den 1306 Unfällen, die jugendlich Berufsgenossen (bis zu 18 Jahren) erlitten haben, davon 626 an Maschinen.

Es war und ist eine der vornehmsten Aufgaben auch unseres Verbandes, seine Mitglieder vor den zahlreichen Gefahren ihres Berufs zu bewahren, ihre Arbeitskraft und Gesundheit zu schonen und zu erhalten. Trotz dieser Hemmungen sind die Bestrebungen auf diesem Gebiet nicht ganz erfolglos gewesen. Dem gewerkschaftlichen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um den Ausbau der Sozialversicherung, um die Verbesserung der Betriebsverhältnisse und der Betriebssicherheit konnte auf die Dauer Widerstand nicht geleistet werden. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Erweiterung der Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten und dabei die modernen Arbeitsmethoden, Betriebseinrichtungen und die zur Verwendung kommenden Materialien zu berücksichtigen, ebenso die Forderung auf bessere und eingehende Betriebsüberwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften und vor allem nach Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretungen bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren haben schließlich erfüllt werden müssen, wenn auch auf diesem Gebiete trotz allem noch viel zu tun übrig bleibt. Denn wenn trotz aller

Fortschritte im Bereich der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft alljährlich nur der dritte Teil der der Berufsgenossenschaft unterstehenden Betriebe (1674 von 4961) kontrolliert wird, dann ist diese Kontrolltätigkeit durchaus nicht zureichend. Und dies um so weniger, als bei den Betriebsbesichtigungen nach den Feststellungen der Beamten der Berufsgenossenschaft nicht Hunderte, sondern

Zehntausende von Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften

mit geradezu peinlicher Regelmäßigkeit festgestellt werden müssen. Diese Tatsache läßt erkennen, daß sich die Unternehmer um die Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten in der Mehrzahl der Fälle überhaupt nicht kümmern. Ein ausreichender und sicherer Arbeiterschutz ist möglicherweise mit einer gelinden Arbeitshemmung verbunden und diese verstößt gegen das unternehmerseitige Betriebsinteresse. Da läßt man schon lieber alles beim alten und rechnet mit mehr oder weniger Glück, daß „schon nichts passieren wird“. Es spricht doch Bände für das fehlende Verantwortungsgefühl der Betriebsinhaber und ihrer Vertreter, daß der Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft feststellen muß, daß in 7167 Fällen bereits die Maschinenhersteller die Gefahrstellen vermeiden konnten, wenn sie schon beim Bau der Maschine zweckentsprechende Schutzvorrichtungen angebracht hätten.

Alle diese Tatsachen zwingen dazu, daß das Bestreben der Gewerkschaften nach besserem Schutz ihrer Mitglieder vor Berufsgefahren und deren schädliche Auswirkungen auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht aussetzt. Gerade in der jetzigen Zeit, wo soviel von der Verbilligung der Produktion die Rede ist, wird vielfach versucht, die Kosten der Arbeitsschutzmaßnahmen einzuschränken. Wie falsch eine derartige Einstellung des Unternehmertums ist, ergibt sich daraus, daß nach sachverständigen Berechnungen die kapitalisierte Unfallrentenlast rund 3 Milliarden Mark, die durchschnittliche jährliche Entschädigung für den einzelnen Fall rund 180 Mk. beträgt, während die Berechnungen für den kapitalisierten Einzel-schaden zwischen 3000 und 6000 Mk. schwanken.

Unfälle verhüten ist billiger als Unfälle entschädigen.

Nach genauen Berechnungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft stellt z. B. jeder verhütete sonst entschädigungspflichtig gewordene Unfall für den Unfallversicherungsträger eine Ersparnis von 5400 Mk. dar. Wenn also die Berufsgenossenschaft, deren Aufwand für die mit dem Gefahrenschutz zusammenhängenden Aufgaben jährlich rund 90 000 Mk. beträgt, im

Jahre nur 17 entschädigungspflichtige Unfälle verhüten hilft, dann sind dadurch schon die Kosten der Unfallverhütung gedeckt.

Der Arbeiterschutz ist daher keineswegs eine kostspielige oder gar überflüssige Angelegenheit. Im Gegenteil, Einsparungen auf dem Gebiet der Unfallverhütung müssen sich in höheren Ausgaben für Krankentasse, Invaliden- und Unfallversicherung auswirken.

Der einzelne Kollege, die einzelne Kollegin kann und muß sich selbst mit im Betrieb für die Durchführung der zu ihrem Schutz erlassenen Bestimmungen einsehen, sie müssen sich jedoch auch wehren gegen jeden Versuch der Betriebe,

Sparmaßnahmen auf Kosten ihrer körperlichen Sicherheit

durchzuführen. Darüber hinaus ist eine Fortentwicklung des Arbeitsschutzes, eine Verbesserung der Betriebssicherheit und eine Ausdehnung der Rechte der Arbeiterschaft bei der Mitwirkung auf diesem Gebiete notwendig mit dem Ziel, das höchste und kostbarste Gut des Menschen, Gesundheit und Arbeitskraft weitestgehend zu schützen.

Wie sehr diese berechtigten Forderungen im Zeitalter der Maschine dem Unternehmer gegen den Strich gehen, zeigt das folgende Zitat aus dem Geschäftsbericht der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Es heißt da: „Den schlimmsten Eingriff in die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften bedeutet die Bestimmung der genannten Notverordnung (8. Dezember 1931. D. R.) über den sogenannten Unfallverhütungsausschuß, in dem die Organe der Berufsgenossenschaft, der Vorstand und die Genossenschaftsversammlung oder ein besonderer dafür bestimmter Ausschuß, gemeinsam in gleicher Anzahl mit Versichertenvertretern, die nicht mehr Betriebsangehörige zu sein brauchen, und einem Gewerbeaufsichtsbeamten, der bei Stimmgleichheit zu entscheiden hat, über alle Angelegenheiten der Unfallverhütung und der Betriebsüberwachung zu beraten und zu beschließen haben. Nur der Regierungswechsel hat die Berufsgenossenschaften bisher vor der Durchführung dieser für die Selbständigkeit der Berufsgenossenschaften ausschlaggebenden Bestimmung bewahren können.“ Dieses Zitat läßt das

mangelnde Interesse der Unternehmer an einem ausreichenden Unfallschutz

erkennen. Nur in der planvollen Mitwirkung der Versichertenvertreter liegt eine gewisse Garantie für einen ordnungsgemäßen und wirksamen Schutz für Leib und Leben unserer Mitglieder. Darum sind die auf dem Gebiet des Unfallschutzes liegenden Aufgaben nur zu lösen, wenn sich unsere Kollegenschaft auch weiter, zusammengeschlossen in unserem Verband, kräftig dafür einsetzt.

Freig Larnow:

Was kostet die Wirtschaftskrise?

Der Produktionsverlust in den drei Jahren der ökonomischen Weltkrise wird von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Mark geschätzt. Das ist eine trockene Ziffer, aber was bedeutet sie, gemessen am Reichtum der Welt?

Diese 250 bis 300 Milliarden Krisenverlust sind sechsmal mehr als die sämtlichen Goldbestände der Welt und sie übersteigen das Dreifache der umlaufenden Geldmittel. Der Wert sämtlicher Eisenbahnen der Erde einschließlich alles rollenden Materials bleibt dahinter zurück. Die Verlustsumme ist größer als der zehnfache Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölfmal soviel als der Gesamtwert der Post- und Telegrapheneinrichtungen, die den Erdball umspannen. Erst an diesen Vergleichen offenbart sich der grauig-grandiose Vernichtungskampf der kapitalistischen Krise gegen den Reichtum der Gesellschaft.

Wie sieht nun die Verlustbilanz der deutschen Wirtschaft aus? Seht man die industrielle Produktion vom Mai 1929 gleich 100, dann stand sie im Mai 1932 nur noch auf 55,2, ohne daß damit schon das Ende des Schrumpfungsprozesses erreicht worden wäre. Von Monat zu Monat ging es weiter herunter bis auf 49,1 im August. Das Institut für Konjunkturforschung, das diesen Produktionsindex zusammenstellt, gibt dazu auch eine Uebersicht in Geld gerechnet. Der Bruttowert der industriellen Produktion betrug 84 Milliarden Mark im Jahre 1928 und — wenn der Rest des Jahres nicht noch eine weitere Verminderung bringt — rund 32 Milliarden im Jahre 1932. Ein Teil des Rückganges beruht allerdings auf dem Sinken der Preise; ungerechnet auf den Preisstand von 1928 würde sich „nur“ ein Verlust von 34 Milliarden Mark ergeben!

Das gesamte jährliche Volkseinkommen, das ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht, ist vom Konjunkturinstitut für die Zeit vor der Krise auf 76 Milliarden Mark berechnet worden. Im Jahre 1932 dürfte es auf etwa 40 Milliarden Mark kommen. Die höchste jährliche Reparationszahlung nach dem Dawes-Plan war auf 2½ Milliarden festgesetzt. Der Krisentribut, den das deutsche Volk dem kapitalistischen System entrichten muß, beläuft sich in diesem Jahre auf das 14fache dieser Summe. Das ist eine geradezu vernichtende Bilanz für den Kapitalismus. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die tiefste Stelle erreicht sein wird. Das Konjunkturinstitut ist schon befriedigt, feststellen zu können, daß wenigstens „die Wucht des Abschwunges“ sich vermindert hat. Selbstverständlich muß sich das Tempo des Niederganges verringern, denn bis auf den Nullpunkt kann es nicht gut heruntergehen.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln und derjenigen von Konsumgütern. Vom konjunkturellen Höchststande aus gemessen ist die erstere im Januar dieses Jahres auf 37,5 und dann bis August nur noch auf 36,8 gesunken. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen, die im Januar auf 68,6 stand, ist bis August noch weiter auf 63,2 herabgesunken. Das Konjunkturinstitut bemerkt dazu lakonisch: „Damit wird allmählich das Mißverhältnis überwunden, das sich vor allem im zweiten Halbjahr 1931 zwischen dem Produktionsumfang der beiden Industriegruppen her-

ausgebildet hatte. Denn ein so hoher Anteil der Verbrauchsgüter, wie er noch um die Jahreswende 1931/1932 bestand, widerspricht den Erfordernissen einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen.“ Nun, der frontale Sturmangriff auf die Kaufkraft der breiten Massen, den der Papen-Plan unternommen hat, dürfte ja in dieser Beziehung seine Wirkung nicht verfehlen. Natürlich muß das „Mißverhältnis“ beseitigt werden. Es wäre aber eine zu einfache Auffassung von der Wirtschaft, wenn man sich vorstellen wollte, daß die Einschrumpfung in den Produktionsgüterindustrien durch eine Erweiterung des Verbrauchs und der Konsumgüterindustrien ausgeglichen werden könnte. Anpassung des Verbrauchs an die Armut der Produktionsausnutzung, das ist die kategorische Forderung des Kapitalismus.

Produktionsmittel können nicht mehr hergestellt werden, weil Deutschland und die ganze Welt damit weit über den Bedarf angefüllt ist. Ein übergroßer und moderner Produktionsapparat steht leistungsbereit zur Verfügung. Rohstoffe in überquellender Fülle verderben ungenutzt. Sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland, 30 Millionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft jagen vergeblich nach Beschäftigung! Die kapitalistische Wirtschaft ist vollkommen desorganisiert. Die Automaten des Systems ist eingeroftet und die verweisselten Bemühungen, das Getriebe wieder in Bewegung zu bringen, bleiben erfolglos. Selbst die Optimisten unter den bürgerlichen Ökonomen gehen in ihren Hoffnungen nicht weiter, als die Möglichkeit eines langsamen Wiederaufstiegs in absehbarer Zeit voranzujagen. Die Wahrscheinlichkeit, auch nur diejenige Wirtschaftshöhe wieder erklimmen zu können, die vor der Krise erreicht war, ist außerordentlich gering. Dagegen setzt sich in der Wirtschaft mehr und mehr die Auffassung durch, daß wir auf eine „lange Welle“ des wirtschaftlichen Abstieges geraten seien, die nur noch gelegentlich durch kurzfristige Aufstiegsperioden unterbrochen würde.

Die Frage ist nur, ob die Menschen bereit sind, diesen unfreiwilligen langwierigen Abbruch geduldig mitzumachen. Wie lange werden sie sich noch dem Wahnsinn unterwerfen, am Reichtum zu verelenden? Wirtschaftssysteme verschwinden nicht von selbst. Sie

müssen gestürzt werden, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Und wahrlich, die Zeit ist überreif für den Sturz des Kapitalismus! Die konkreten Forderungen im Wirtschaftspragramm der Gewerkschaften — Ueberführung der Schwerindustrie und der Großbanken in den Besitz der Gesellschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes, Aufbau staatlicher Wirtschaftsmonopole, Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle — sind die Voraussetzungen für eine Neuordnung der produktiven Kräfte im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft. Selbstverständlich hängt die Verwirklichung dieser Forderungen von der politischen Machtgestaltung ab, davon, daß die vom Kapitalismus Entworfenen sich in der Willenseinheit zusammenschließen, die in unseren Gewerkschaften verkörpert ist.

Stärkt die Kaufkraft!

Alle Wirtschaftspolitiker, schreibt das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, Nr. 20, Ende Oktober 1932, sollte auf das Gemeinwohl gerichtet sein. Sie ist das nicht, wenn sie bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Erwerbsständen auf Kosten der anderen Gutes tut, sie ist das noch viel weniger, falls die zu diesem Zweck getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen und angewandten Mittel keinem nützen, womöglich allen schaden.

Das Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsprinzip stellt das Wohl aller Volksgenossen jeglichen Sonderinteressen voran. Es geht darauf aus, dem Bedarf aller Menschen zu genügen. Die Erzeugung und Heranschaffung von Gebrauchsgütern und deren Verteilung sollen mit den Bedürfnissen der Menschen in harmonischen Einklang gebracht werden, so daß ihr Güterverbrauch, ihre Kaufkraft Arbeit für alle und das Arbeitseinkommen fortgesetzte Gütererzeugung, weiteren Güteraustausch und neue Bedarfsdeckung sichert. Alle Wirtschaftsprobleme, alle Wirtschaftsmaßnahmen, die diesen notwendigen glücklichen Ausgleich nicht herbeiführen, werden dem Volkwohl nicht gerecht. Der Verbraucher muß im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen stehen, um so mehr, je strenger die Regierungen im Interesse einzelner Volksschichten die Völker wirtschaftlich voneinander absperrten. Richtiger als ein anderes Wort scheint uns dieses: „Hat der Verbraucher

Fünf Milliarden Loden!

Mancher wird sich gewundert haben, weshalb Reichkanzler v. Papen vor kurzem in seiner Rede vor einigen tausend bayerischen Industriellen den verschärften Kampf gegen den heutigen „Versorgungsstaat“ proklamiert hat. Haben uns die letzten Krisenjahre nicht bereits genügend Drosselungen in den Unterstützungsleistungen gebracht? Ist nicht die Arbeitslosenversicherung weitgehend durchlöchert, sind nicht die Aufwendungen in der Alters- und Krankenversicherung auf ein Minimum beschränkt worden?

Was Reichkanzler v. Papen unter begeisterter Zustimmung des deutschen Unternehmertums ankündigt, ist der Todesstoß für die deutsche Sozialversicherung. Es geht nicht mehr um ein paar Pfennige mehr oder weniger. Die jährlichen 6 Milliarden Mark, die durch die Sozialversicherung an die hilfsbedürftige Arbeiter- und Angestelltenchaft in

Renten und Unterstützungen gezahlt werden, will die Reichsregierung möglichst herabdrücken. Noch nicht eine Milliarde Mark haben in der Vorkriegszeit die sozialen Versicherungen geleistet, also 5 Milliarden weniger als heute.

Der Kampf Papens gegen den Versorgungsstaat ist ein Kampf um diese 5 Milliarden Mark, die in erfolgreichem Kampfe um den Ausbau der deutschen Sozialgesetzgebung für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft erstritten worden sind. Mit Steuerzufschneien, Lohnkürzungen und Zollmaßnahmen sind die Milliarden Subventionen an Großagrarier und Unternehmertum offenbar nicht mehr aufzubringen. Wir glauben nicht, daß die Millionen Unfallverletzten, Invaliden und Witwen ohne Widerstand sich ihre kümmerlichen Unterstützungen und Renten nehmen lassen werden. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft wird den Kampf aufzunehmen wissen

Geld, hat's die ganze Welt." Das gilt jedenfalls für die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsauffassung! Darum muß auch die derzeitige deutsche Wirtschaftspolitik in ihren wesentlichen Teilen für verfehlt angesehen werden, denn sie läßt nicht erkennen, daß sie die Kaufkraft der Verbraucher zu verbessern vermag. Sie deutet vielmehr auf noch vermehrte Einschränkungen der Bedarfsversorgung der Volksmassen hin, sie bietet für vermehrte Absatzmöglichkeit an die Verbraucher und damit für einen allgemein wirtschaftlichen Aufstieg keinerlei begründete Aussicht.

Die agrarpolitischen Maßnahmen verteuern unsere Lebenshaltung und verringern die industrielle Produktion, der gerade mit Mitteln der Allgemeinheit und durch Lohndruck geholfen werden soll. Also, die Lohnneinkommen sinken, die Arbeitslosigkeit wächst eher, als daß sie sich verringert, und die Kaufkraft schrumpft auf äußerster zusammen. Wie soll nun dadurch den deutschen Verbrauchern geholfen werden, wie kann daraus wirtschaftlicher Aufstieg, Besserung der Lebenshaltung unseres Volkes, kommen!

Aus solchen und weiteren Überlegungen haben denn auch die berufenen Organe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gegen die jetzige Wirtschaftspolitik Einwendungen erhoben und auf das Erfordernis verwiesen, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg mit der Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher zu beginnen, denn diese allein gewährleistet das Allgemeinwohl.

Die Kinderrente in der Unfallversicherung.

Wird ein Arbeiter in einem versicherten Betriebe infolge Betriebsunfalles getötet, dann erhält die Witwe eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung. Die Rente beträgt für Witwen, solange sie durch Krankheit oder andere Gebrechen wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, und zwar wird die Erhöhung nur gewährt, wenn die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit länger als drei Monate bestanden hat. Heiratet die Witwe wieder, dann erhält sie drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung.

Nach der Reichsversicherungsordnung erhält jedes Kind des Getöteten eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes bis zum vollendeten 15. Lebensjahr. Wie bei der Waisenrente der Invalidenversicherung wird die Kinderrente unter Umständen jedoch auch über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt. Erhält jedoch das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, dann wird die Rente für deren Dauer gewährt, jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Aber auch ohne daß Berufs- oder Schulausbildung vorliegt, kann die Kinderrente über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt werden. Sie muß gewährt werden, wenn das Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu erhalten. In diesem Falle ist die Rente solange zu gewähren, wie der Zustand dauert. Die Rente fällt bei einer Verheiratung des Kindes weg.

Als Kinder gelten die ehelichen Kinder, die für ehelich erklärten Kinder, die an Kindes Statt angenommenen Kinder, die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Waterschaft festgestellt ist, die unehelichen Kinder etner Versicherten, die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie bis zum Tode des Versicherten von diesem überwiegend unterhalten worden sind. Kinder einer getöteten Ehefrau, die eheliche Kinder des hinterbliebenen Ehemannes sind oder deren rechtliche Stellung haben, erhalten die Rente nicht, wenn die getötete Ehefrau vor dem Unfall sich nachweisbar dem Unterhalt und der Pflege der Kinder entzogen hat. XX.

Wie steht's mit deiner Freundin?

Ein Wort an unsere Kolleginnen!

Diese Frage ist an dich gerichtet, liebe Kollegin. Du hast doch noch eine Freundin? Und wie steht es mit dieser in Punkto Organisation? Hast du noch nicht darüber nachgedacht? Zwei Freundinnen haben oft andere Dinge miteinander zu besprechen als Organisationsfragen, das weiß ich wohl. Und wenn ich ehrlich sein soll: Ich habe auch monatelang mit meiner Freundin nicht über Organisation und so gesprochen. Aber jetzt habe ich es doch getan. Ich habe nämlich gelesen, daß eine große Werbeaktion für die Gewerkschaften durchgeführt wird. Unsere jetzt leider so kleine Verbandszeitung bringt ja in jeder Nummer Werbeaufsätze. Da habe ich mich auch wieder daran erinnert, daß meine Freundin noch nicht organisiert ist. Ich wußte das zwar schon lange, denn damals, als sie bei uns anfang, sagte sie schon, daß sie für so etwas nichts gäbe. Ich habe ihr lange zugeredet, aber nichts damit ausgerichtet. Dann habe ich sie in Ruhe gelassen damit und bin doch immer mit ihr gegangen, weil sie ein so liebes Mädel ist.

Und dann habe ich doch wieder von der Organisation angefangen. Eben dann, als ich von der großen Werbeaktion gelesen habe. Das gilt ja doch auch für uns und unseren Verband, nicht wahr? Ich bin zwar nicht mit der Tür ins Haus gefallen, wie man sagt. Im Gegenteil, ich habe zuerst mit ihr über ganz andere Dinge geredet, über die große Arbeitslosigkeit, über die Kurzarbeit, die schlechte Behandlung und noch schlechtere Bezahlung und über all solche Sachen. Und gestaunt habe ich dabei, wie meine Freundin sich dafür interessiert hat. „Ja“, meinte sie auf meine diesbezügliche Frage, „jetzt reden unsere Männer zu Hause überhaupt nur noch von all diesen Sachen, da lernt man das ja allmählich.“

Die Sache ist gut — dachte ich für mich und dann lenkte ich auch schon um und sprach davon, wie man da eine Menderung schaffen könnte und daß unser Verband hierbei unermüdlich tätig sei. Aber leider — und hier wurde mir ein bißchen angst, was sie nun tun würde — lähen das die Kolleginnen nicht alle ein, sie

wären zu gleichgültig. Aber sie hat gar nichts gesagt, sondern nur die eine Schulter hochgezogen und den Mund dabei etwas schief gezogen. Da habe ich wieder abgelenkt und gedacht, daß dies immerhin schon mehr sei als ihr früheres kurzes Nein. Drei Tage später war Werkstubenversammlung. Und da habe ich ihr so lange zugeredet, bis sie mit mir ging. Da hat sie gestaunt, daß in dieser Versammlung eine ganze Schar unserer Kolleginnen anwesend war und wie sich dort die Kolleginnen für ihre Sache aussprachen. Und ohne daß ich etwas zu sagen brauchte, erklärte sie mir, daß sie sich auch bei uns aufnehmen lassen wolle. Ich war natürlich sofort dabei und holte ihr von der Versammlungsleitung einen Aufnahmeschein.

Ich glaube bestimmt, sie wird jetzt bei uns bleiben, denn sie sagte mir, daß sie eigentlich schon lange im Zweifel gewesen sei, ob ihre frühere Auffassung von der Organisation richtig war. Wie sie zu diesem Zweifel gekommen sei, fragte ich sie. „Ja“, meinte sie, „die vielen Versammlungen und Flugblätter des letzten Jahres mit den vielen Wahlgängen sind wohl die Ursache, denn man denkt ja doch auch einmal darüber nach.“

Und siehst du, liebe Kollegin, das ist es, was wir jetzt ausnützen müssen. Forstsch auch du einmal bei deiner Freundin, ob sie heute nicht doch reif ist für den Verband. Die Kolleginnen fühlen schon alle, daß wir uns in einem gefährlichen Strudel befinden und sie haben alle Bedarf an einer helfenden und stützenden Kraft. Das kann doch nur der Verband sein. Wir dürfen deshalb als Kolleginnen nicht abseits stehen, wenn nun zur Werbung aufgerufen wird. Wenn jede von uns, also auch du, liebe Kollegin, eine unorganisierte Freundin oder Kollegin gewinnen kann, dann ist schon viel erreicht. Es kommt oft nur auf den Versuch an und den Willen zum Erfolg. Also bitte, liebe Kollegin, zeige, daß du das selbe kannst wie ich und andere, daß auch du eine Kollegin unserem Verbands zuzuführen verstehst.

R. 3.—B.

INTERNATIONALES

Warnung vor Zuzug nach Oesterreich.

Der Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs teilt mit, daß die Zuwanderung vornehmlich reichsdeutscher Arbeiter nach Oesterreich in der letzten Zeit besonders stark geworden ist. Da es Arbeitsmöglichkeiten in Oesterreich nicht gibt, warnt der Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs vor Zuzug. Er bemerkt ausdrücklich, daß eine außerstatutarische Unterstützung der Zureisenden durch Ortsgeschenke und ähnliches nicht mehr möglich ist.

Extrabeitrag zugunsten der Arbeitslosen in Norwegen.

Da der norwegische Verband für das laufende Jahr damit rechnet, daß in seinem Arbeitslosenunterstützungsfonds ein Defizit von rund 40 000 Kronen vorhanden sein wird, sah er sich vor das Problem gestellt, entweder die Leistungen zu kürzen oder die Beiträge zu erhöhen. Der Vorstand hat den letzteren Weg empfohlen und die Mitglieder sind seiner Auffassung beigetreten. Es wurde beschlossen, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Oere in der ersten Klasse und von 10 Oere in der zweiten und dritten Klasse zu entrichten. Dieser Extrabeitrag wird ausschließlich zugunsten der Arbeitslosen verwandt.

Vom Berufsschulwesen in Belgien.

Die belgische Verbandszeitung vom Oktober propagiert den Plan, das Bildungswesen für die graphischen Berufe auszubauen und zu zentralisieren. Neben der rein technischen Belehrung und Bildung der Besucher soll vor allem auch die für Buchbinder so wichtige Materialkunde und -behandlung gepflegt werden. Außerdem sind besondere Unterrichtsfächer in beruflicher Gesundheitspflege bzw. Unfallverhütung und in Volkswirtschaftslehre vorgesehen. Durch eine paritätische Kommission von Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen soll dafür gesorgt werden, daß das Bildungsinstitut wirklich auch nur als solches funktioniert, im Gegensatz zu anderen Unternehmungen, die unter dem Deckmantel des „Schulbetriebes“ in Wirklichkeit industrielle Unternehmungen sind, die nicht nur den Vorteil haben, von Staat und Gemeinde unterstützt zu werden, sondern die obendrein in ihren „Schülern“ unbezahlte Arbeitskräfte besitzen.

Der Verband der Buchbinder in Ungarn.

Die Buchbinder Ungarns sind zu 95 Proz. organisiert. Wer dem Verbands nicht angehört, bekommt Unterstützung weder vom Staat noch von der Gemeinde. Und wer erst einmal seinen Arbeitsplatz verloren hat, der hat keine Aussicht, jemals wieder Beschäftigung zu finden, wenn er älter ist als 40 Jahre. Es ist daher kein Wunder, daß man in verhältnismäßig jungen Jahren ver-

suchen muß, eine Invalidenrente zu erhalten. Der vom Verband dafür aufgewendete Betrag stieg auf 50 000 Pengö (ein Pengö = rund 60 Pf.) im Jahre 1931 gegenüber 40 000 im Jahre vorher. Insgesamt wurden im Jahre 1931 238 000 Pengö für Unterstützungen ausgezahlt bei einer Einnahme von 250 000 Pengö.

Die Erneuerung des Lohntarifs wurde seit Frühjahr 1931 schon zweimal vertagt, immer in der Hoffnung, daß sich inzwischen die wirtschaftliche Krise mildern würde. Jedoch das Gegenteil ist eingetreten, denn die durchschnittliche Arbeitslosenzahl stieg von 785 Mitgliedern im Jahre 1930 auf 1240 im Jahre 1932; sie umfaßt zurzeit 54 Proz. der Mitgliedschaft. Angesichts dieser Umstände haben die Unternehmer das Angebot gemacht, nur noch an drei Tagen in der Woche arbeiten zu lassen, selbstverständlich ohne Lohnausgleich, und nach langen Verhandlungen glaubten sie in Aussicht stellen zu können, eine Arbeitsmöglichkeit für vier und einen halben Tag in der Woche zu beschaffen, doch mit dem Recht, die Arbeitszeit weiter verkürzen zu können.

Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderungen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hatte im Frühjahr dieses Jahres Ausführungsbestimmungen für die Fahrpreisermäßigung für Jugendpflüge festgesetzt, die ursprünglich bis zum Jahres-schluß Geltung haben sollten, jetzt jedoch bis Ende 1933 verlängert wurden. Nach diesen Bestimmungen muß bei Jugendwanderungen 1. mindestens für sechs Erwachsene der halbe Fahrpreis bezahlt werden und 2. ist zugelassen mit der gleichen Ermäßigung für je fünf bis neun Jugendliche ein Führer und für je weitere neun Jugendliche — auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist — ein weiterer Führer. Die volle Ausnutzung der Fahrpreisermäßigung ist demnach gewährleistet bei einer Mindestteilnehmerzahl von fünf Jugendlichen und einem erwachsenen Führer. Die Fahrpreisermäßigung tritt jedoch auch dann ein, wenn die Gesamtteilnehmerzahl der Gruppe unter sechs bleibt, z. B. wenn die Gruppe aus vier Jugendlichen und einem Führer besteht. In diesem Falle muß die Gruppe jedoch den halben Fahrpreis für sechs Personen zahlen.

Berichte.

Hamburg-Altona. In der gutbesuchten Versammlung der Initiierer am 10. November sprach Kollege Thierbach über die „Api“-Tarifverhandlungen. Ueber das Ergebnis der Verhandlung ist bereits berichtet worden. Allgemein wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß künftig den Forderungen der Initiierer noch mehr Nachdruck verliehen wird. Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß ungelernete Arbeiter in Papierfabriken an Initiiermaschinen beschäftigt werden zu niedrigeren Löhnen, als im „Api“-Vertrag vorgesehen und daß diese darüber hinaus sich nicht nur mit der Bedienung von einer, sondern von mehreren Maschinen abquälen müssen. Durch die Aufnahme ungelerner Kräfte in diesen Beruf ist zu befürchten, daß die Löhne gedrückt werden. Von diesen Dingen wird zwar Hamburg nicht betroffen, doch die Kollegen haben alle Ursache, die Augen offenzuhalten, damit solche Verhältnisse nicht auch noch in Hamburg Platz greifen. Es muß schon genügend aufgepaßt werden, um den paar Unorganisierten in Hamburg das Wasser abzugraben, die ständig ohne Auftrag des Arbeitsnachweises die Firmen abklopfen und um Arbeit nachfragen. Besonders die arbeitslosen Kollegen, die diese Fälle am meisten interessieren, müssen auf der Hut sein, um solche Maschinen zu unterbinden. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Thiele, Focke, Gläsel und Waag. Dabei kam der Unfall des Kollegen Br. bei der Firma L. & H. zur Sprache, der sich an der neuen Willshagen Rotations-Initiiermaschine beim Drehen vier Finger abquetschte. Es ist also noch nicht genug, daß die Arbeiterkraft durch die fortschreitende Technik mit dem schnellen Gang der Maschine ihre Arbeitsleistung ebenfalls steigern muß. Sache der Kollegschaft ist es, das Hasten an solchen gefährlichen Maschinen zu unterbinden. Mit der Aufforderung, die nächste Generalversammlung der Zahlstelle und die im Februar stattfindende Initiiererversammlung vollständig zu besuchen, kam die Versammlung zum Abschluß.

Heilbronn. Am 20. November fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung mit Jubilärfest statt. Unsere verstorbenen Mitglieder Hegel und Ade wurden in der üblichen Weise geehrt. Kollege Döbbling-Stuttgart hielt ein Referat über den „Aufbau der Gewerkschaften unter Berücksichtigung unserer Tarifverträge“. Seine Ausführungen fanden starken Beifall. Mögen sie für die Agitation auf fruchtbaren Boden gefallen sein, damit es auch in Heilbronn wieder vorwärts geht. Kollege Döbbling fand sodann herzliche Worte des Dankes für die zehn Jubilare. Er ersuchte sie, wie bisher für die Organisation weiter mitzuarbeiten und überbrachte ihnen Gruß und Glückwunsch des Gauvorstandes. Kollege Kleintnecht überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und der Zahlstelle, überreichte ihnen die Ehrenurkunde des Verbandes und ein Geschenk der Zahlstelle. Kollege Baum dankte für die Jubilare, die Kollegen Weber, Eißner, Kübler, Baum, Jakob, Grupp, Walbert, Beutinger, Linser und Walter. Musikstücke hielt die Kollegschaft mit ihren Angehörigen noch lange beisammen. Mögen alle Worte einen Ausklang finden in der Werbung neuer Mitglieder. Die gesamte Mitgliedschaft, besonders unsere Vertrauensleute, mögen Umschau halten in den Betrieben und dafür sorgen, daß uns die der Organisation noch Fernstehenden noch zugeführt werden. Wer heute noch abseits steht, schädigt sich und seine Klasse. Deshalb werbt unablässig für die Organisation. Es gilt, Maßnahmen vorzubereiten, die uns instand setzen, alle Anschläge, die gegen uns geführt werden, abzuwehren zu können.

Nürnberg-Fürth. Unsere am 15. November stattgefundene Halbjahresversammlung mit anschließender Ehrung der Jubilare war außerordentlich stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Götz und Netter, die beide mehr als 20 Jahre dem Verbands angehörten, in üblicher Weise geehrt. Besonders Kollege Netter war ein eifriger, ehrlicher Streiter und ein Vorbild zur Nachahmung für uns alle. — Kollege Herber erstattete anschließend einen ausführlichen Bericht über die stattgefundenen Lohnbewegungen, sowie den Geschäfts- und Kassenbericht. Unser Kassen- und Mitgliederbestand ist gut. Er zeigt, daß unsere Bewegung auch durchaus festen Füßen steht und daß weder Hitler noch Papen oder unsere Scharfmacher und deren Bundesgenossen, die Indifferenten und die sich radikal aufspielenden, es vermögen, die Organisation zu zerschlagen. Im Bericht über die Tarif- und Lohnbewegungen zeigte Kollege Herber an Hand von Einzelbeispielen, wie wichtig es heute ist, freigewerkschaftlich organisiert zu sein. Mehr als 50 Prozesse und Verhandlungen hatte unsere Zahlstelle beim Arbeitsgericht, Landeschlichter usw. zu führen. In einem Falle waren wir genötigt, eine Firma zu bestreiten. Der Kampf brachte für die Beteiligten einen vollen Erfolg und damit den Beweis, daß unser Verband die Interessen seiner Mitglieder sachgemäß vertritt. — Die Berichte wurden von der Versammlung aufmerksam und mit großem Interesse angehört und mit reichem Beifall belohnt. Dem Kollegen Herber und der Ortsverwaltung dankte die Versammlung für die geleistete Arbeit.

Nach einigen Mitteilungen interner Natur schilderten die Kollegen Herber und Keller die Entwicklung unserer Organisation und die Latkraft aller derjenigen, die am Aufbau unseres Verbandes in Nürn-

berg-Fürth mitgeholfen haben. Besonders gedachten beide derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die seit mehr als 25 Jahren in unseren Reihen stehen und zu den Trägern der gewerkschaftlichen Idee in unserem Berufe gehören. Durch Ueberreichung der Ehrenurkunde des Verbandes und ein Geschenk der Zahlstelle wurden die Kolleginnen Dennerlein und Schmidt und die Kollegen Baum, Koch, Polley, Nichtstädt und Wagemann geehrt. Die Redner überbrachten zugleich die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes, sowie auch des Kollegen Weinländer, der infolge Krankheit an der Versammlung nicht teilnehmen konnte. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Wagemann für die Anerkennung mit dem Wunsch, daß es den Jubilaren vergönnt sein möge, noch viele Jahre mitzuarbeiten und daß auch die junge Generation es den Alten gleich tue. Kollege Keller schloß die sehr harmonisch verlaufene Versammlung mit einem begeistert vorgetragenen Appell zur Mitarbeit, zur Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kraft und zur stärksten Aktivität besonders der Jugend.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. 53 Beitragswochen im Jahre 1932. Wir machen darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre 53 Beiträge zu leisten sind. Es müssen daher im vierten Quartal für 14 Wochen (Woche 40 bis 53) Beitragsmarken geklebt werden. Für die Monate Oktober und Dezember kommen mithin je fünf und für den Monat November vier Beitragsmarken in Betracht.

2. Für die mit Ende des Jahres 1932 vollgeklebten Mitgliedsbücher werden neue Bücher ausgestellt. Soweit in den Vorjahren Ersahblätter mit Wochenfelder in die alten Bücher eingeklebt wurden, sind diese Bücher ebenfalls zur Erneuerung mit einzufenden, auch dann, wenn noch nicht alle vier Seiten dieser Ersahblätter mit Beitragsmarken beklebt sind.

Die Umschreibung der Bücher erfolgt durch den Verbandsvorstand. Die Inhaber solcher Bücher bitten wir, ihre Beitragspflicht möglichst bald bis einschließend der 53. Woche zu erfüllen und die Bücher dann an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung zur Weitergabe an uns einzuliefern. Die Verwaltungen werden ersucht, die Eintragungen auf der Titelseite dieser Bücher genau nachzuprüfen und — wenn notwendig — zu ergänzen. Zu beachten ist, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers mit vollem Vor- und Zunamen tragen muß. Ferner ist darauf zu achten, daß beitragsfreie Wochen als solche kenntlich gemacht und alle übrigen Wochenfelder mit Beitragsmarken beklebt sind. Eingefandene Bücher, die dem nicht entsprechen, müssen von uns zurückgegeben werden.

3. Mitgliedskarten, die bereits mit 52 Beitragsmarken beklebt sind, erfragen wir nur dann zum Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch einzufenden, wenn die Beiträge bis Ende des Jahres 1932 entrichtet sind.
Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

- Im Monat November sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:
- | | |
|--|---|
| Berlin: Marta Brauer, Falzerin, 32 Jahre, Lungenentzündung. | Heilbronn: Johann Hegel, Papierwarenarbeiter, 64 Jahre, Magenkrebs. |
| — Helene Mitschke, Luguspapierarbeiterin, 44 Jahre, Spinale Kinderlähmung. | — Elise Ade, Papierwarenarbeiterin, 33 Jahre, Blutvergiftung. |
| — Helene Sokisch, Falzerin, 37 Jahre, Gehirnhautentzündung. | Celzig: Otto Köllner, Buchbinder, 56 Jahre, Lungenentzündung. |
| — Emil Drabe, Buchbinder, 31 Jahre, Gehirnleiden. | — Karl Reßhmar, Buchbinderinvalide, 55 Jahre, Herzschwäche. |
| — Frieda Fischer, Buchbindereiarbeiterin, 31 Jahre, Operation. | — Max Leonhardt, Buchbinderinvalide, 45 Jahre, Herzleiden. |
| — Wilhelm Stephan, Buchbinder, 43 Jahre, Gelenkrheumatismus. | Nürnberg: Hans Götz, Buchbinder, 52 Jahre, Herzschlag. |
| Düsseldorf: Michael Mostart, Buchbinder, 56 Jahre, Blasen-Nierenleiden. | Plauen: Emil Kurth, Buchbinderinvalide, 73 Jahre, Schlaganfall. |
| Wörlitz: Wilhelm Gabenow, Buchbinder, 59 Jahre, Unglücksfall. | Stuttgart: Friedrich Bihl, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag. |
| | — Christian Eitel, Buchbinder, 53 Jahre, Darmleiden. |

Allen ein ehrendes Andenken!